



Niederschrift

61. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Februar 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Der Vorsitzende: Liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen, werte Frau Erste Bürgermeisterin, werte Bürgermeister*innen, ich darf auch die Amtsleitungen, Geschäftsführungen, Mitarbeitende aller Art hier ganz herzlich willkommen heißen, auch die Ortsvorsteherinnen, Ortsvorsteher, dann die privilegierte Öffentlichkeit mit den Vorsitzenden des Arbeitskreises Karlsruher Bürgerverein und auch den Mitarbeitenden der Medien in der ersten Reihe oben sowie natürlich alle Bürgerinnen und Bürger, die unsere Sitzung hier live verfolgen.

Ich darf zu verschiedenen Tagesordnungspunkten darauf hinweisen, dass unter TOP 3 jetzt eine erneute Vorlage auf dem Tisch liegt mit Änderungen. Zu denen werden wir gleich noch Stellung nehmen. Tagesordnungspunkt 6, das Abfallwirtschaftskonzept 2023 ist, wie Ihnen bekannt, abgesetzt, und unter 14.1 haben wir einen neuen Punkt hinzugefügt, Planungswerkstatt Stadteingang Ost/Südseite Durlacher Allee.

Entschuldigt ist Herr Stadtratskollege Ehlgötz. Herr Stadtratskollege Haug wird etwas später zu uns kommen, und Frau Ortsvorsteherin Tron ist für heute entschuldigt. Geburtstage gibt es keine. Jetzt gab es eine Wortmeldung

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Bevor die Tagesordnung beschlossen wird, wollen wir einen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung stellen. Meine Fraktion DIE LINKE beantragt, unsere Anfrage „Ist die Stadt Karlsruhe für aufstockende Bautätigkeit bis hin zu Insolvenzen von Immobilienentwicklern vorbereitet“, im öffentlichen Teil der heutigen Gemeinderatssitzung aufzurufen. Wir beantragen ebenfalls, dass unsere Anfrage bei ablehnendem Beschluss zur Behandlung im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung dann zumindest der Öffentlichkeit über die Onlineseiten des Gemeinderats zugänglich gemacht wird. Als Begründung kann ich nur sagen, als Grund für die Behandlung unserer Anfrage in nichtöffentlicher Sitzung wurde von Ihrem Dezernat, Herr Oberbürgermeister, in einer E-Mail vom 12.12. angeführt, bei der Information über Sachverhalte, die auch Betriebs- und Geschäftsgeheimnis sind...

Der Vorsitzende: Frau Stadträtin Binder, Sie reden jetzt über Themen in einer Detailtiefe, die eigentlich in der Nichtöffentlichkeit diskutiert werden müssen. Deswegen geht das so nicht. Wir können Ihren Geschäftsordnungsantrag gerne am Anfang der nichtöffentlichen Sitzung behandeln, aber wir können ihn nicht jetzt behandeln, weil dann die Zuhörerinnen und Zuhörer genauer wissen müssten, worum es geht. Dass Teile Ihrer Anfrage auch heute

und in den anderen Tagen in der Presse schon zu finden sind, ändert nichts daran, dass es nichtöffentlich zu behandeln ist.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Aber wie soll ich einen Geschäftsordnungsantrag stellen, der die Tagesordnung, die Aufsetzung betrifft, wenn ich das dann erst mache, wenn der Punkt dann unter nichtöffentlich kommt?

Der Vorsitzende: Nein, in dem Moment, wo ein Tagesordnungspunkt öffentlich ist, müssen wir ihn sowieso der Öffentlichkeit ankündigen. Deswegen, selbst wenn wir heute im öffentlichen Teil beschließen würden, dass wir es öffentlich machen, könnte ich es erst auf der nächsten Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung öffentlich verankern. Insofern ändert es am Vorgehen auch nichts, ob wir es jetzt beschließen oder ob wir es nachher beschließen oder nicht beschließen, aber ich kann es schon aus formalen Gründen hier jetzt im öffentlichen Teil weder diskutieren noch beschließen lassen. Deswegen nehme ich Ihren Geschäftsordnungsantrag jetzt an. Wir werden ihn nachher am Beginn der nichtöffentlichen Sitzung zur Abstimmung stellen und gegebenenfalls, wenn er denn angenommen würde, wobei da gibt es auch noch ein paar Argumente, die man noch ausdiskutieren müsste, würden wir ihn dann auf der Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung im öffentlichen Teil verankern. Damit würde Ihrem Ansinnen auch Rechnung getragen, wenn ich das richtig verstanden habe.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. März 2024